

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine sehr verehrten
Damen und Herren Stadtverordnete,

als ich am vergangenen Wochenende mir überlegte, welche Botschaft ich Ihnen heute bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2007 übermitteln wollte, sagte einer unserer beiden Söhne:

„Papa, mach es Dir doch ganz einfach. Sage Deinen Stadtverordneten schlicht. Es ist kein Geld mehr da und rede nicht drum herum.“

Vor einem Jahr hätte dieser Satz tatsächlich gepasst. Denn die Erinnerung ist noch wach. Zum Jahresende 2005 und zu Beginn des Jahres 2006 jagte eine Hiobsbotschaft die andere. Eine müde, vor sich hin dümpelnde Konjunktur, eine anhaltende Massenarbeitslosigkeit mit neuen Höchstständen führten zu stetig steigenden Ausgaben und stets sinkenden Einnahmen. Auf Lüdinghausen bezogen bedeutete dies beim Jahreswechsel 2005 / 2006 alleine im Bereich der

- EINKOMMENSTEUER gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 240.000 Euro,
- bei der GEWERBESTEUER ein Minus von 800.000 Euro.

Hinzu kamen zahlreiche KÜRZUNGEN des Landes im Bereich

- der allgemeinen INVESTITIONSPAUSCHALE,
- im Bereich der AUSGLEICHLEISTUNGEN für die SCHÜLERBEFÖRDERUNGSVERKEHRE,
- im Bereich der FINANZVERPFLICHTUNG bei den KINDERGÄRTEN,
- in der Forderung des Bistums nach stärkerer finanzieller Unterstützung ihrer kirchlichen Kindergärten,

um nur einige wenige zusätzliche Belastungen für den Haushalt 2006 Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen.

Und dann noch die Hiobsbotschaft, dass der Haushalt 2005 mit einem Defizit von mehr als drei Millionen Euro abschloss. Bewusst war uns allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das riesige Haushaltsdefizit des Jahres 2005 im Haushaltsjahr 2007, also in diesem Jahr, aufgefangen werden musste. Ansonsten drohte die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Was dies für eine Kommune und ihre Bürgerinnen und Bürger bedeutet, das brauche ich Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Finanzexperten nicht näher zu erläutern. Denn

mittlerweile müssen über 60 % der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Coesfeld sich dem Haushaltsdiktat der Kommunalaufsicht unterwerfen.

Der eine oder andere von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird sich bezogen auf die Zukunft vielleicht noch an meine Zentralaussage aus dem letzten Jahr erinnern, wo ich wörtlich gesagt habe:

„Sollten sich die Rahmenbedingungen nicht verbessern, wird die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes im Jahr 2007 unausweichlich sein.“

Wie Ihnen bekannt ist, hat sich die Praxis von Bund und Ländern nicht geändert, Wohltaten an das Wahlvolk auf dem Rücken der Kommunen zu verteilen.

Wer geglaubt hätte, dass die Stadt Lüdinghausen aufgrund ihrer finanziell sehr schlechten Ausgangsbasis von Dritter Seite auf Hilfe hätte hoffen können, der sah sich leider enttäuscht. Im Gegenteil.

- Das Land verdoppelt sogar die Krankenhausinvestitionspauschale,
- die Abführung des Solidarbeitrages erreicht bislang nicht gekannte Höhen,
- die Bezuschussung der Kindergärten als auch der VHS wird weiter gesenkt,
- die Erstattung der Schülerbe-förderungskosten weiter minimiert,
- die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen soll weiter eingeschränkt werden,
- die Hartz IV Belastungen der Optionskommunen nehmen weiter zu und last but not least
- der Kreis Coesfeld bekommt, trotz Hebesatzsenkung, von seinen Städten und Gemeinden viel, viel mehr Geld, ohne das er dieses Geld an seine notleidenden Kommunen weitergibt

Was hätte da nicht näher gelegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, als die Hände frustriert in den Schoß zu legen, die Rathaustür abzuschließen, den Schlüssel beim Kreis Coesfeld abzugeben, die Kommunalaufsicht einfach machen zu lassen.

Wer aber die Lüdinghauser Bürgerinnen und Bürger kennt, meine sehr geehrten Damen und Herren, der weiß, dass ein solches Verhalten uns fremd ist. Wir kämpfen für unsere Selbstständigkeit und wir wissen auch selber am besten, was für uns gut ist, was wir zu tun und was wir zu lassen haben. Denn wir alle sind davon überzeugt, dass die Zukunft der Menschheit in den Städten von morgen liegt, und es nur in heilen

Städten eine hoffnungsvolle Zukunft geben wird. Eine Zukunft, die wir selber wohl am besten in der Lage sind, hoffnungsvoll zu gestalten.

Ein Sprichwort aus Skandinavien besagt:

*„Betrachte immer die hellen Seiten der Dinge. Und wenn sie keine haben?
Dann reibe die dunklen, bis sie glänzen.“*

Dieses Sprichwort haben die Lüdinghauser Bürgerinnen und Bürger, haben wir, im vergangenen Jahr befolgt. Und siehe da. Welch eine Wende, welch ein Stimmungsumschwung, ein Jahr danach. Die Lüdinghauser Wirtschaft strotzt wieder vor Kraft. Lüdinghausen erlebt einen Aufschwung, der selbst die Berufsoptimisten überrascht und von einer Zuversicht getragen wird, die inzwischen auch das staunende Publikum erfasst.

Die freudige Botschaft am heutigen Tag:

Auch der Haushaltsentwurf 2007 kann Ihnen

- Dank eines erneuten riesigen Kraftaktes
- Dank der sprudelnden Gewerbe- und Einkommensteuerquellen
- und Dank einer seit einigen Jahren betriebenen konsequenten Haushaltskonsolidierung, deren Früchte wir jetzt langsam ernten, ausgeglichen vorgelegt werden.

Der Ausgleich des Haushalts ist uns im wesentlichen aber auch dadurch gelungen, dass wir uns bei der Aufstellung nicht verzettelt haben, sondern unser Augenmerk besonders auf vier Schwerpunktförderungen gerichtet haben.

- Da wäre einmal die Förderung in die Investition in die Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung zu nennen. Neben der weiteren Erneuerung der Ausstattung unserer beiden Löschzüge unterstützen wir mit der Fertigstellung des völlig neu sanierten Feuerwehrgerätehauses in Lüdinghausen und dem Abschluss des Umbaus und der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Seppenrade, tatkräftig die Arbeit unserer Feuerwehren. Wir investieren im besten Sinne des Wortes in den „Dienst am Nächsten“ und damit in den Dienst an der Gemeinschaft. Wie wichtig dieser Dienst ist, konnten wir am vergangenen Donnerstag, in der Nacht zu Freitag, erleben, als das Orkantief „Kyrill“ unsere

Hilfskräfte über ihre Leistungsgrenzen hinaus in Atmen hielt. An dieser Stelle sei allen Rettungskräften für ihren beispiellosen, nicht selbstverständlichen Einsatz, noch einmal gedankt.

- Als zweite Schwerpunktförderung für das Jahr 2007, sehen wir wie bereits in den Vorjahren, den Schulbereich an. Mit der zur Verfügungstellung von über 1 Millionen Euro zur Erweiterung der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich sowie der Schaffung von weiteren Schulraum als auch die Entfernung von Schulpavillons, wollen wir die äußeren Rahmenbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler weiter verbessern und damit der Aussage von Malcolm X nachkommen:

„Bildung ist der Pass für die Zukunft, denn das Morgen gehört denen, die sich heute darauf vorbereiten.“

- Als dritte Schwerpunktförderung ist der Einstieg in den schon lang erwähnten Bau des Sportgeländes in Seppenrade anzusehen, der das sportliche Leben im Rosendorf im wahrsten Sinne des Wortes auf eine neue Basis stellen wird. Wie beim Sport, wo der Erfolg stets eine Sache des ganzen Teams ist, so kann auch ein Bauprojekt nur erfolgreich enden, wenn alle an einem Strang ziehen. Ich bin deshalb froh, dass es trotz der äußerst schwierigen Haushaltslage, in der wir uns – nach wie vor – befinden, gelungen ist über 500.000 Euro in diesem Jahr in die neue Sportanlage investieren zu können. Leider gibt es der Haushalt nicht her, diese Baumaßnahme in einem einzigen Schritt und in einem einzigen Jahr fertig stellen zu können. Die mittelfristige Finanzplanung geht von zwei Jahren aus. Unterhalten wir uns doch insgesamt über ein Investitionsvolumen von rund 2,5 Millionen Euro allein für die neue Sportanlage. Erfreulich hierbei ist, dass neben der sportlichen Förderung auch für die Zukunft wieder Neubauland für junge Familien in diesem Stadtteil, ortskernnah geschaffen werden kann.
- Last but not least ist als vierte Schwerpunktförderung des Haushaltsentwurfes 2007 die Entwicklung östlich und westlich der Konrad-Adenauer-Straße anzusehen, mit der wir eine unmittelbare fußläufige Anbindung der Vorhaben Bruno Kleine und Edeka an die Altstadt schaffen wollen und hierbei versuchen werden, die Parkproblematik durch Wegfall und Schaffung neuer Parkplätze zu lösen. Hier korrespondieren zwei Projekte miteinander, die die Einzelhandelsstruktur in Lüdinghausen weiter verbessern werden und auch zu einer weiteren Verknüpfung städtebaulicher Wege und Verbindungen unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Belange beitragen werden.

Bevor ich nun auf den Haushaltsentwurf im Einzelnen eingehen werde, gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch eine kleine Anmerkung auf eine neu eingerichtete, derzeit noch unscheinbare Haushaltsstelle, machen zu können, mit der die Stadt diejenigen Initiativen in unseren Stadtmauern zusätzlich unterstützen sollte, die langfristig auf eine finanzielle Unabhängigkeit von der Stadt setzten und dies durch Gründung von Stiftungen und Zustiftungen erreichen wollen. Intention dieser Haushaltsstelle ist, durch zu Verfügungstellung von zusätzlichen Geldern weitere Anreize zu schaffen, ergänzendes Stiftungskapital einzuweben. Einen solchen ersten Schritt hat die Stadt ja bereits im vergangenen Jahr getan, als sie sich in die Liste der Gründungstifter für das Marianne-von-Weizsäcker-Jugendgästehaus eintragen ließ.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der Entwurf von:

- **Haushaltssatzung und Budgetbuch 2007**
- **Stellenplan 2007**
- **Finanz- und Investitionsplan 2007 – 2010**

Vor dem Hintergrund, dass der Fehlbetrag aus dem Jahr 2005 in Höhe von 3.088.000 Euro im Verwaltungshaushalt in der Ausgabe veranschlagt werden musste, war der Haushaltsausgleich eine besondere Herausforderung. Daran wären wir gescheitert, wenn im Haushaltsjahr 2006 nicht ein Überschuss erwirtschaftet worden wäre, der der allgemeinen Rücklage zugeführt werden konnte. Die Veranschlagung der Entnahme dieser Rücklage in 2007 wird den Haushaltsausgleich ermöglichen.

Der Betrag, den der Vermögenshaushalt zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes in diesem Jahr zuführen muss, beläuft sich auf 3.149.000 Euro.

Die Summe ist wiederum sehr hoch. Berücksichtigt man jedoch, dass in dem Betrag der Fehlbetrag des Jahres 2005 in Höhe von 3.088.000 Euro enthalten ist, beträgt der Fehlbedarf des Jahres 2007 lediglich 61.000 Euro. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die, wenn man den Prognosen glauben will, sich auch für die kommenden Jahre fortsetzen wird.

Dieses, gegenüber den Vorjahren, geringe strukturelle Defizit sollte die seit einigen Jahren eingeleiteten Konsolidierungsbemühungen nicht bremsen. Denn es ist keinesfalls sicher, dass sich die Prognosen über die Konjunkturentwicklung bestätigen.

Unwahrscheinlich ist es auch, dass der Bund und die Länder von ihrer bisherigen Praxis der zusätzlichen Belastungen der Kommunen abweichen werden. Neuestes Beispiel hierfür ist der Regierungsentscheid vor 2 Tagen, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen weiter einzuschränken.

Der Zuführungsbetrag von Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt setzt sich zum überwiegenden Teil wieder aus Grundverkaufserlösen (2.324.000,00 €), einem Anteil aus der allgemeinen Rücklage (800.000,00 €) und aus dem Veräußerungserlös der noch verbliebenen RWE-Aktien (125.000,00 €) zusammen.

Um diesen Zuführungsbetrag verringert sich das Investitionsvolumen des Vermögenshaushaltes.

Auf eine weitere Erhöhung der Realsteuerhebesätze wurde im Haushaltsentwurf verzichtet, obwohl die GPA Nordrhein-Westfalen bei ihrer derzeit stattfindenden Prüfung eine Erhöhung der Grundsteuerhebesätze um 10 Punkte bereits für dieses Haushaltsjahr vorgeschlagen hat. Über die Festsetzung der Hebesätze der Realsteuern wird in der heutigen Sitzung unter dem nächsten Tagesordnungspunkt allerdings noch zu beraten sein. Ich werde Ihnen keine Anhebung vorschlagen, weil allein aufgrund der 3 % Mehrwertsteuererhöhung die zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger bereits schon hoch genug ist und für den Ausgleich des Haushalts dies die Erhöhung der Realsteuerhebesätze für 2007 nach meiner Meinung nicht erforderlich ist.

Neue Einnahmequellen enthält der Haushaltentwurf nicht. Die Mehreinnahmen auf Grund der im vergangenen Jahr durchgeführten Hundebestandsaufnahme, der Veränderung der Vergnügungssteuersatzung und die Mehreinnahmen durch die Einführung der Zweitwohnungssteuer in 2006 finden sich in der Veranschlagung wieder.

Die Abfallgebühren bleiben gegenüber dem Vorjahr weitestgehend unverändert – wie Ihnen bereits ja bekannt ist.

Bei den Friedhofsgebühren wird es bei allen Bestattungsformen Gebührensenkungen geben.

Bei den Wasserverbandsgebühren ergeben sich in 2007 je nach Wasserverband sowohl Gebührenerhöhungen als auch geringfügige Gebührensenkungen.

Die Gebührenerhöhung bei den Straßenreinigungsgebühren ist insbesondere auf den erhöhten Streumittelbedarf des vergangenen Winters zurückzuführen.

Über die Entwässerungsgebühren, die keinen direkten Einfluss auf den Haushalt haben, aber ein nicht zu vernachlässigender Kostenfaktor auf den Abgabenbescheiden darstellen, wird ebenfalls noch in dieser Sitzung, unter dem Tagesordnungspunkt 4, beraten werden.

Der Vermögenshaushalt kommt trotz hoher Zuführungen aus Vermögensveräußerungen nicht ohne Kreditaufnahmen aus, solange man auf eine Eigenkapitalentnahme aus dem Abwasserwerk verzichtet.

Notwendige Investitionsmaßnahmen führen zu einer Kreditaufnahme in 2007 in Höhe von 1.480.000 Euro. Diese Kreditaufnahme bedeutet eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 1.154.000 Euro. Diese Kreditaufnahme könnte erheblich gesenkt, auf sie könnte sogar ganz verzichtet werden, wenn unter Tagesordnungspunkt 4, wie von der Verwaltung und der GPA Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen, eine Eigenkapitalentnahme aus dem Abwasserwerk in Höhe von 1 Millionen Euro beschlossen würde.

Bei der Pro-Kopf-Verschuldung bleibt Lüdinghausen weiter im unteren Drittel des Landesdurchschnitts.

Aufgrund der günstigen Prognosen konnten die Finanzplanungsjahre erstmals wieder ausgeglichen dargestellt werden. Die Verwaltungshaushalte der drei folgenden Jahre kommen demzufolge ohne Zuführung aus dem Vermögenshaushalt aus.

In den Haushalt 2007 konnten auch dieses Mal wünschenswerte Investitionsmaßnahmen nicht aufgenommen werden. Diese Maßnahmen mussten in den Investitionsplanungszeitraum ab 2008 verschoben werden; einige Maßnahmen sogar auf den Zeitraum nach 2010. Insbesondere das Projekt „Umgestaltung der

Borg“, dass in einem landesweiten Wettbewerb ausgezeichnet wurde, ist in den Investitionsplanungszeitraum verschoben worden. Der inzwischen eingetroffene Bewilligungsbescheid für die Landesförderung sieht eine Auszahlung der Landeszuwendungen erst ab 2009 vor.

Bevor ich auf den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt noch im Einzelnen zu sprechen komme, möchte ich auf nachfolgende Punkte besonders eingehen:

1. Kreisumlage

Die Kreisumlage stellt mit 10.890.000,00 € die größte Ausgabenposition im städtischen Haushalt dar.

Nach dem Entwurf des Kreishaushaltes sinkt unter Einberechnung der Leistungen nach dem SGB II, die bisher neben der Kreisumlage von den Städten und Gemeinden getragen wurden, gegenüber dem Vorjahr um 2,52 %-Punkte.

Der Hebesatz für die Jugendamtsumlage bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die im Jahr 2006 noch ausgegliederten Unterkunftskosten nach dem Sozialgesetzbuch II sind im Haushaltsjahr 2007 entsprechend dem Ausführungsgesetz zum SGB II zu 50 % in der allgemeinen Kreisumlage enthalten. Die übrigen 50 % werden im Rahmen einer Spitzabrechnung von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden an den Kreis gezahlt.

Der Kreis geht in seinen Berechnungen davon aus, dass die in der Kreisumlage nunmehr enthaltenen 50 % Unterkunftskosten unter Berücksichtigung der Umlagegrundlagen aus der 2. Modellrechnung 2,94 % des Hebesatzes ausmachen.

Bei einer Gegenüberstellung aller relevanten Anteile hat der Kreis in der Öffentlichkeit verkünden lassen, dass sich gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 – eine tatsächliche Senkung der Kreisumlage um insgesamt 2,52 %-Punkte ergäbe.

Nicht erwähnt hat er hierbei aber die Tatsache, dass sich die Zahllasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden – somit auch die der Stadt Lüdinghausen – aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen erhöhen.

Im Zusammenhang mit den Kosten der Unterkunft wird eine Neufestsetzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft erwartet. Lt. Presseberichten soll der

Bundesanteil von bisher 29,1 % auf 31,8 % steigen. Der Bundesrat hat sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dem Land Nordrhein-Westfalen lediglich 31,2 % zur Verfügung zu stellen. Gewinner sind wieder mal die Stadtstaaten und das Land Rheinland-Pfalz. Zu befürchten ist, dass das Land Nordrhein-Westfalen bei einer Verteilung die Optionskommunen wieder nachteilig bei der Vergabe der Mittel behandelt wird. Die Entwicklung hierzu bleibt abzuwarten. Der Haushaltsentwurf berücksichtigt bisher einen Bundesanteil von 29,1 %. Er folgt damit der Annahme des Kreises Coesfeld um dessen Haushalt.

Der Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt sieht eine Zahlung an den Kreis von 10.890.000,00 € vor; was gegenüber 2006 – unter Berücksichtigung des 50 %igen Anteils an den Unterkunftskosten - einer Erhöhung um 5,62 % entspricht. Bei dieser Tatsache von einer Senkung der Kreisumlage zu sprechen, scheint für die Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld unverantwortlich zu sein.

Der Anteil der Kreisumlage an den Gesamtausgaben des Haushaltes 2007 beträgt rund 28,4 %.

2. Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale

Kommunen erhalten die Schlüsselzuweisungen auf der Grundlage des jährlich neu zu beschließenden Gemeindefinanzierungsgesetzes. Da das Land für 2006 bisher noch keine endgültigen Daten zum Gemeindefinanzierungsgesetz vorgelegt hat, wurden die Schlüsselzuweisungen auf der Basis der 2. Modellrechnung des Landes kalkuliert.

Die für den Berechnungszeitraum für die Schlüsselzuweisungen zu berücksichtigenden niedrigen Gewerbesteuererinnahmen und die positiven Entwicklungen im Bereich der Steuereinnahmen auf Bundes- und Landesebene führen zu erhöhten Schlüsselzuweisungen von rund 1,5 Mio. € gegenüber dem Jahr 2006.

Auf der Grundlage der 2. Modellrechnung zum Finanzausgleich wurde eine um rd. 230.000 € gegenüber 2006 erhöhte Investitionspauschale in den Haushalt eingestellt.

3. Solidarbeitrag

Wie angekündigt, legt die Landesregierung in diesem Jahr kein „Solidarbeitragsgesetz“ vor. Im Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 wird sich daher letztmalig eine Übergangregelung zur Abwicklung der Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten im Haushaltsjahr 2005 finden. Die endgültigen Ausgleichsbeträge nach dem Solidarbeitragsgesetz für 2005 werden nach den Ist-Ergebnissen festgesetzt und verrechnet. Für die Stadt bedeutet dies eine Belastung von rd. 410.000 Euro im Haushalt 2007. Im Jahre 2006 belief sich die Belastung lediglich auf 190.000 Euro.

4. Schulpauschale und Sportpauschale

Bei der Schul- und Sportpauschale wird davon ausgegangen, dass deren Höhe unverändert bleibt.

Nun zum **Verwaltungs- und zum Vermögenshaushalt.**

Das Budget des Jahres 2007 schließt den Verwaltungshaushalt mit einer Summe von 38.295.000,00 € ab. Das sind gegenüber 2006 – nicht zuletzt durch die Veranschlagung des Fehlbetrags 2005 – 4.232.000 € mehr oder 12,42 %. Zum Ausgleich ist, wie bereits zuvor erwähnt, eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 3.149.000,00 € geplant.

Meine Damen und Herren,

im Verwaltungshaushalt ist das Budget IX – Zentrale Finanzwirtschaft – als das Finanzierungsbudget anzusehen. Dieses Budget schließt mit einem Überschuss von 12.077.700 € ab. Dies sind gegenüber 2006 696.900 € weniger = 5,46 %. Diese Zahlen berücksichtigen in der Einnahme die Zuführung vom Vermögenshaushalt und in der Ausgabe die Veranschlagung des Fehlbetrages 2005.

Lässt man den Zuführungsbetrag unberücksichtigt, ergibt sich folgende Übersicht:

für 2006 ein Überschuss von 9.301.600 €

für 2007 ein Überschuss von 8.828.700 €.

Demnach ergibt sich im Budget IX eine Verschlechterung bei den allgemeinen Deckungsmitteln von 472.900 €. Diese Verschlechterung ist wiederum zurückzuführen auf die Veranschlagung des Fehlbetrages 2005. Ohne Fehlbetragsveranschlagung hätte sich ein Überschuss in Höhe von rd. 2,6 Mio. Euro bei den allgemeinen Deckungsmitteln ergeben. Ohne den Fehlbetrag aus 2005 wäre der Haushalt 2007 mit nur einer sehr geringen Zuführung aus dem Vermögenshaushalt ausgekommen.

Lassen Sie mich hier nun die Veränderungen über 50.000,00 € nennen:

Einnahmen:

Gewerbesteuer	plus	1.500.000 €
Anteil Einkommenssteuer	plus	1.300.000 €
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	minus	94.000 €
Anteil Familienlastenausgleich	plus	125.000 €
Schlüsselzuweisungen	plus	1.540.000 €

Ausgaben:

Gewerbesteuerumlage	plus	305.000 €
Zahlungsbeitrag Solidarbeitrag	plus	220.000 €
Kreisumlage	plus	1.370.000 €

Im Rahmen des Beratungsverfahrens zum Budgetbuch wird im Einzelnen hierauf noch einzugehen sein. Der Überschuss im Budget IX einschließlich der Zuführung vom Vermögenshaushalt wird in voller Höhe zur Abdeckung des Zuschussbedarfes in den übrigen Budgets benötigt.

Ich darf Sie hierzu auf die Übersicht und den Vergleich Zuschuss 2006/Zuschuss 2007 im Vorbericht verweisen.

Wie in den Jahren zuvor mussten bei der Übernahme der Budgetanmeldungen der Fachbereiche zum Haushalt 2007 erneut Abstriche gemacht werden. Es ist inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, dass die Fachbereiche bei den

Budgetanmeldungen die Kosten so niedrig wie möglich ansetzen, um das Niveau des Vorjahres nicht zu überschreiten, was jedoch nicht in allen Bereichen möglich war.

Den Silberstreif am Finanz-Horizont, den ich in meiner letztjährigen Haushaltsrede noch nicht gesehen habe, ist inzwischen hinter grauen Wolken hervor getreten. Ob dieser Silberstreif durch den Konjunkturaufschwung im vergangenen Jahr an Strahlkraft noch gewinnen wird, oder ob er wieder hinter den Wolken verschwinden wird, kann ich Ihnen heute nicht beantworten.

Aus diesem Grund ist an den Bemühungen um eine Konsolidierung des Haushaltes unbedingt festzuhalten. Dies wird weiterhin zu schmerzlichen Einschnitten bei der Aufgabenerledigung führen. Die, zugegeben, nur noch wenigen freiwilligen Aufgaben und Leistungen werden immer wieder auf den Prüfstand zu stellen sein. Bei den Pflichtaufgaben wird nach der Konkretheit der Ausführungen zu fragen sein. Der Haushalt muss mittelfristig wieder in die Lage versetzt werden, auch schwierige Zeiten überbrücken zu können.

Im Zusammenhang mit den Konsolidierungsbemühungen will ich nicht unerwähnt lassen, dass bereits vor der Beauftragung der Gemeindeprüfungsanstalt, Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten, Haushaltskonsolidierung mit Erfolg betrieben worden ist. Ohne die Gewähr für Vollständigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen belaufen sich die jährlichen Verbesserung im Verwaltungshaushalt auf mindestens rd. 800.000 Euro.

Besonders zu erwähnen sind:

die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Steuerhebesätze

der Grundsteuer A	ca.	24.000 €
der Grundsteuer B	ca.	210.000 €
der Gewerbesteuern	ca.	220.000 €
Mehreinnahmen Hundesteuern	ca.	20.000 €
Mehreinnahmen Vergnügungssteuern	ca.	10.000 €
Mehreinnahmen Parkgebühren	ca.	40.000 €
Einführung Zweitwohnungssteuer	ca.	45.000 €
Nutzungsgebühren Hallenbad	ca.	20.000 €
Mietkostenerstattung Turnhalle	ca.	14.000 €

Personalkostensenkung seit 2005	ca. 170.000 €
Einsparungen bei den Schülerbe-förderungskosten	ca. 25.000 €
Einsparungen bei den Lichtabsenkungen	ca. rund 20.000 Euro

Darüber hinaus wurden weitere zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, die zur Ausgabensenkung bzw. zu Einnahmeverbesserung beitragen wie etwa die Reduzierung der Taktfrequenzen im TaxiBus Bereich von etwa 12.000 Euro als auch seit Beginn dieses Jahres nunmehr kostenneutral gefahrene Nachtbusbetrieb wodurch die Stadt alleine Einsparungen von zukünftig 17.000 Euro pro Jahr erzielen wird.

Auf einen besonderen Vergleich und auf Erläuterungen einzelner Aufgabenblöcke des vorliegenden Haushaltsentwurfes möchte ich verzichten. Bei den Beratungen in den zuständigen Gremien wird näher darauf einzugehen sein, genauso wie auf die Frage, mit welchen Einsparungsvorschlägen der GPA Nordrhein-Westfalen die beratenden Fachausschüsse sich bereits kurzfristig beschäftigen werden und können.

Bevor ich auf den Vermögenshaushalt und die Investitionsplanung eingehe, lassen Sie mich noch auf folgendes hinweisen:

1. Den Gewerbesteueransatz habe ich auf 5,7 Millionen Euro festgesetzt.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer, insbesondere in den Jahren 2004 und 2005 war beeinflusst durch Gewerbesteuerrückzahlungen und entsprechende Anpassungen des laufenden Jahres. Meine Einschätzung in der Haushaltsrede zum Haushalt 2006, dass es mit der Gewerbesteuer wieder aufwärts geht, scheint sich zu bestätigen. Die Vorauszahlungen für das Jahr 2007 lassen deshalb den optimistischen Schluss zu, dass der veranschlagte Ansatz auch erreicht werden könnte.

2. Die Personalkosten des Jahres 2007 liegen nach dem Ausgabeansatz des Sammelnachweises 0 um 0,73 % unter dem Ansatz des Jahres 2006 und konnten zum zweiten Male hintereinander erneut gesenkt werden, obwohl die Beihilfeansätze aufgrund mehrerer Schwerkrankungen deutlich angehoben werden mussten. Damit setzt sich die Personalkostenreduzierung weiter fort. Erreicht wird dies nur durch eine zurückhaltende Stellenbewirtschaftung.

Mein Dank gilt an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen städtischen Einrichtungen für deren Einsatz und Leistungsbereitschaft, wodurch eine Aufstockung des Personalbestandes und damit verbundene höhere Personalkosten vermieden werden können.

3. Bei der Unterhaltung im Hochbau und auch im Tiefbau konnten die berechtigten Anforderungen der Fachbereiche aufgrund der zur Verfügung gestellten Mittel wiederum nicht in vollem Umfang erfüllt werden.

Mittelfristig wird es notwendig sein, für die Werterhaltung des städtischen Vermögens wieder mehr Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Mancherorts sind die Folgen der Geldknappheit nicht zu übersehen.

4. Der Schuldendienst liegt erfreulicherweise mit 27.500,00 € unter den Ansätzen des Jahres 2006. Der Verzicht auf Kreditaufnahmen in 2006 und günstige Abschlüsse von neuen Zinsvereinbarungen von Altschulden führt zu weiteren Senkungen von Schuldendienstleistungen.

Zu den weiteren Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes darf ich auf das Ihnen vorliegende Zahlenwerk mit den Erläuterungen verweisen.

Verehrte Damen und Herren,

der Vermögenshaushalt 2007 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 11.111.000,00 €, der höchsten Summe, die jemals in einem Haushaltsplan der Stadt festgesetzt wurde.

Die Summe, die für neue Investitionen zur Verfügung steht, beträgt lediglich 6.577.400 €. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 2.122.300 € = 47,64 %.

- Fortführung bereits begonnener Maßnahmen
- Neuveranschlagung von Maßnahmen aus 2006
- Notwendige Vorhaben im Hochbaubereich insbesondere im Schulbau
- Erschließung neuer und bestehender Wohngebiete
- Ausstattung städtischer Einrichtungen

- Zukunftssicherung zur weiteren Entwicklung der Stadt durch neue Wohn- und Gewerbegebiete

sind die Kriterien, unter denen in jedem Jahr der Vermögenshaushalt zu betrachten ist.

Die Auswirkungen durch Folgeaufwendungen auf den Verwaltungshaushalt müssen bei den Investitionen besonders berücksichtigt werden.

Wie in den Jahren zuvor, war es auch bei Aufstellung des Haushaltes 2007 erforderlich, die einzelnen Maßnahmen unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit zu betrachten. Bei großen Maßnahmen sind nur Teilbeträge veranschlagt. Die Endfinanzierung wird durch Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre abgesichert. Soweit eben möglich und sinnvoll werden die Maßnahmen in ihrer zeitlichen Durchführung gestreckt. Bei einigen Maßnahmen wurde der Baubeginn gänzlich auf Folgejahre hinausgeschoben.

Der Finanzierbarkeit des Gesamthaushaltes mussten nicht zuletzt im Hinblick auf den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes und der hierzu erforderlichen Zuführung aus dem Vermögenshaushalt, Opfer gebracht werden.

So hoffe ich, dass wir bei der Auswahl der Maßnahmen 2007 den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Mit den Finanzierungspauschalen und den Krediten erfolgt die Finanzierung der Budgets im Wesentlichen durch den Einnahmeüberschuss im Budget IX – Zentrale Finanzwirtschaft – obwohl der überwiegende Teil der Budgets auch über eigene Einnahmen verfügt.

Die Gesamtfinanzlage zwingt dazu, dass Maßnahmen des Vermögenshaushaltes nur dann in Angriff genommen werden – soweit es sich nicht um Fortsetzungsmaßnahmen handelt – wenn die Finanzierung gesichert ist. Kostspielige Zwischenfinanzierungen sollten unbedingt vermieden werden.

Der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes muss auch in 2007 zum größten Teil über die Zuführung von Grundverkaufserlösen des Vermögenshaushaltes erreicht werden. Den Grundverkaufserlösen kommt somit eine besondere Bedeutung zu. Die neuen

Bebauungsplangebiete Paterkamp Süd-Ost und Kastanienallee-West bieten gute Voraussetzungen, Grundverkaufserlöse in größtmöglicher Höhe zu erzielen. Darüber hinaus ist dem Beschluss des Rates gefolgt worden, den Neubau der Sportanlage in Seppenrade über Grundverkaufserlöse zu finanzieren. Der für 2007 vorgesehene Neubau des Umkleidegebäudes erfolgt zum überwiegenden Teil aus Grundverkaufserlösen und aus der angesparten Sportpauschale.

Eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (Überschuss aus 2006) und der Verkauf der restlichen RWE-Aktien (1.500 Stück) sollen ebenfalls zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes beitragen. Für den Verkauf der Aktien muss eine günstige Kursentwicklung abgewartet werden.

Die nachfolgenden, größeren Maßnahmen sollen in 2007 finanziert bzw. teilfinanziert werden:

- Endausbau Glatzer Straße	60.000,00 €
- Ausbau der Hermann-Stehr-Straße	100.000,00 €
- Ausbau Telgengarten	325.000,00 €
- Neubau Stichstraße Dülmener Straße	163.000,00 €
- Fahrbahnerneuerung Finken- und Drosselweg	136.000,00 €
- Sanierung Straße Alter Berg	75.000,00 €
- Fuß- und Radweg Janackerstiege	130.000,00 €
- Fuß- und Radweg Stichstraße Valve	47.000,00 €
- Endausbau Teilstück Geschwister-Scholl-Straße	75.000,00 €
- Erschließung Baugebiet Kastanienallee-West	355.000,00 €
- Endausbau Baugebiet Paterkamp Süd-West	225.000,00 €
- Endausbau Baugebiet Kranichholz	480.000,00 €
- Baukosten Janackerstiege	310.000,00 €
- Endausbau Friedrich-Krupp-Straße	250.000,00 €
- Endausbau Raiffeisenstr. u. Schulze-Delitzsch-Str.	238.000,00 €
- Erweiterung der Straßenbeleuchtung	90.000,00 €
- Umbau / Erweiterung Feuerwache Lüdinghausen	124.000,00 €
- Umbau/Sanierung alte Ostwalschule für Offene Ganztagsgrundschule	600.000,00 €
- Erneuerung Verglasung Turnhalle Marienschule	60.000,00 €

- Fenstererneuerung Gemeinschaftshauptschule	48.000,00 €
- Fenstersanierung Realschule	100.000,00 €
- Sanierung Sporthalle	120.000,00 €
- Erwerb Südflügel Klostergebäude	220.000,00 €
- Umbaukosten Nordflügel	250.000,00 €
- Umbaukosten Canisianum	45.000,00 €
- Abbruch Parkschule	35.000,00 €
- Heizungserneuerung Musikschule	35.000,00 €
- Neubau Umkleidegebäude Sportanlage Seppenr.	525.000,00 €
- Ersatzbeschaffungen (Fahrzeuge) für den Bauhof	88.000,00 €

Soviel zum Vermögenshaushalt 2007.

Meine Damen, meine Herren,

Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt 2007 und auch die Finanz- und Investitionsplanung 2008 bis 2010 sind unter Berücksichtigung der zum jetzigen Zeitpunkt erhältlichen Daten aufgestellt worden.

Die Zahlen für die Finanzplanungsjahre basieren auf Erfahrungen unter Hinzuziehung der vom Land herausgegebenen Orientierungsdaten. Ob die hier getroffenen Prognosen eintreten werden, muss abgewartet werden. Insoweit ist noch offen, ob die bisherigen Steuerschätzungen Bestand haben werden, oder ob die nächste Steuerschätzung bereits wieder Veränderungen mit sich bringen wird. Auch ist offen, ob den Kommunen weitere zusätzliche Aufgaben aufgebürdet werden oder ob in 2007 und in den darauf folgenden Jahren der Steuerverbund mit weiteren Lasten befrachtet wird.

Die günstigen Prognosen sollten jedenfalls nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzausstattung der Kommunen verbessert werden muss. Insbesondere müssen die Finanzmittel berechenbarer werden.

Ob die in allen Bereichen bereits seit Jahren durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen die Belastungen, die mit der Aufgabenerfüllung und

auch der Weiterentwicklung in unserem Land und unserer Stadt in Zukunft entstehen, auffangen können, bleibt zumindest zweifelhaft.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Haushalt 2007 und die Finanz- und Investitionsplanung 2008 bis 2010 zu sehen.

In der Darstellung der Haushaltsjahre 2007 bis 2009 decken die Einnahmen wieder die Ausgaben.

Zurückhaltung bei den Ausgaben wird dennoch geboten sein. Wenn der Verwaltungshaushalt wieder ohne Zuführung des Vermögenshaushaltes auskommt, sollte mittelfristig auch wieder an die Entschuldung und die Bildung von Rücklagen gedacht werden. Mehr als die Pflichtzuführung sehen die Verwaltungshaushalte in den Folgejahren noch nicht vor.

Verehrte Stadtverordnete,

unserem Stadtkämmerer, Herrn Tuschmann, geht es wie einem Familienvater auf dem Rummelplatz:

- hier eine zusätzliche Achterbahnfahrt für den Sohn
- dort eine Zuckerwatte für die Tochter und
- zu guter letzt noch eine letzte Cola für den Kleinsten und schon ist der Etat für den Ausflug überzogen.

Das Gequengel zwischen Fahrgeschäften und Bierzelten entspricht den Forderungen und Wünschen aus der Bürgerschaft. Wünsche sind schneller formuliert als das Geld beschafft werden kann. Die wenigsten Lobbyisten kümmern sich ernsthaft um die Finanzierung, wenn es darum geht, den „politischen Gestaltungsspielraum“ auszuloten. Lassen wir es bei den nun beginnenden Haushaltsplanberatungen soweit nicht kommen und behalten wir immer den Gesamthaushalt im Blickpunkt. Wenn die Neuverschuldung die Investitionen übersteigt, findet ein Werteverzehr statt, den spätere Generationen spüren. Es ist dann letztendlich ein Haushalt ohne Zukunft. Den wollen wir nicht und der passt auch nicht zu uns. Denn das Morgen gehört denen, die sich heute darauf vorbereiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bliebe noch viel zu sagen – vieles, was es auch wert wäre ausführlich dargestellt zu werden.

In der Antike war es üblich hinter dem Redner Flötenspieler zu postieren, die Flötenspieler setzen schlagartig ein, wenn der Redner zu ermüden drohte; sie sollten den Vortragenden wach halten. Es soll dabei immer wieder vorgekommen sein, dass einige Zuhörer aus dem Redeschlaf hochgeschreckt wurden und begeistert Beifall geklatscht haben, weil sie dachten, die Rede sei zu Ende! Dies will ich Ihnen ersparen und komme damit zum Schluss meiner Haushaltsrede, in dem ich mich bei allen, die am Zustandekommen des Etatentwurfes beteiligt waren, ganz besonders bei Ihnen, Herrn Tuschmann bedanke. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Vertretern im Ehren- und Hauptamt, Herrn Weiland, Herrn Holz und Herrn Dr. Scheipers, bei allen Stadtverordneten, den Fraktionsvorsitzenden sowie bei allen Fachbereichsleitern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich wünsche uns allen eine sachorientierte Haushaltsplanberatung 2007.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.